

Stadtverordneten-Sitzung.

Sitzung vom 24. September.

Anwesend sind am Vorstandstische die Herren Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Dittenberger, Baumeister Schulze; am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Staudt, Bürgermeister Dr. Schmidt, Stadtbaurath Genzmer, Stadtschulrath Dr. Krähle, Stadtrathe v. Holly, Jochmus, Bousfeld, Dünik, Kieferstein, Winter, Glze;

und die Stadtverordneten: Pelt, Hofmann, Dr. Baumert, Bethke, Billing, Brinkmann, Brönne, Brüncke, Dittlein, Glze, Freyberg, Friedrich, Foelsche, Dr. Förstich, Danne, Haffe, Heiser, Henze, Herrm, Herz, Herzfeld, Hildebrandt, Hofmeister, Dr. Hüllmann, Jenzich, Dr. Keil, Künhardt, Kober, Koeniger, Prof. Dr. Krichschütter, Kühn, Meise, Otto, Panse, Rausch, Rosch, Roth, Sachs, Schmidt, Schulz, Schütte, Sommer, Stedner, Steinhaus, Weise, Welsch, Werther, Zander.

Entschuldigt sind die Herren St.-V.: Demuth, Verghaus (die übrigen Namen sind unverständlich),

zeitweise entschuldigt Herr St.-V.: Pfau.

Beginn der Sitzung 4 $\frac{1}{4}$ Uhr.

1. Wahl des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers.

Der Vorsitzende verliest zunächst die Paragraphen der Geschäftsordnung, welche sich auf diesen Punkt beziehen, dann wird die Wahl vorgenommen.

Vorsitzender: Meine Herren! Es sind 44 Stimmzettel abgegeben. Drei sind unbeschrieben, also ungültig; einer lautet auf den Namen des Herrn Stedner, die übrigen auf den Namen des Herrn Sommerseurathes Bethke. Derselbe ist mitteln gewählt, und ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

St.-V. Bethke (zum Theil unverständlich): Meine geehrten Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, welches Sie mir dadurch erwiesen haben, daß Sie mich zum Stellvertreter des Vorsitzenden und der Versammlung gewählt haben. Ich würde die Wahl sehr gern annehmen und in allen Fällen, in denen es notwendig ist, meine ganzen Kräfte einsetzen zum Gedelben und zum Wohle unserer Stadt. Indes der gute Wille genügt dazu allein nicht, das zur Ausführung zu bringen. Dazu bedarf es der gütigen Unterstützung der Versammlung, und ich bitte Sie, mir dieselbe nicht zu versagen.

2. Herrichtung einer Geräthebude auf dem Nordfriedhofe.

Berichterstatter der Bau-Kommission St.-V. Hildebrandt: Die Herrichtung einer sogenannten schwarzen Bude zu einem Gerätheraume auf dem Nordfriedhofe hat sich als notwendig herausgestellt. Die Kosten sind auf 90 M. veranschlagt und wird die Versammlung um deren Bewilligung zu Vollen des Titels I B des laufenden Haushaltsplanes für die Gottesacker-Verwaltung ersucht.

Ich bitte Sie, diese Summe zu bewilligen. Es geschieht.

3. Herrichtung einer provisorischen Leichenhalle auf dem Nordfriedhofe.

Berichterstatter der Bau-Kommission St.-V. Hildebrandt: Die Kommission für das Begräbnißwesen hat die Einrichtung des Sektionszimmers und des Gerätheraumes auf dem Nordfriedhofe zu einer provisorischen Leichenhalle beschlossen. Der Magistrat ist dem Beschlusse beigetreten und wird die Versammlung um ihr Einverständnis und um Bewilligung der auf 290 M. veranschlagten Kosten aus

Tit. I B des laufenden Haushaltsplanes für die Gottesacker-Verwaltung ersucht.

Ich bitte die Summe zu bewilligen.

St.-V. Prof. Dr. Krichschütter: Mir ist auffällig, daß das Sektionszimmer aufgehoben werden soll. Ist dafür keine Nothwendigkeit? Es kommen doch Fälle vor, daß die Sektion gemacht werden muß. Ich möchte darum bitten, dieses Zimmer keinen allen Zweck zu lassen.

St.-V. Dr. Hüllmann: Das bisherige Sektionszimmer soll zur Leichenhalle genommen werden, aber es wird auch ferner zum Sektionszimmer dienen. Wir sind der Hoffnung, daß die Veranlagung recht bald die Mittel zur Beschaffung einer Leichenhalle bereitstellen wird. Der Vorschlag, der heute gemacht ist, ist nur ein trauriger Nothbehelf. Auf dem Nordfriedhofe sieht es ganz anders aus.

Der Antrag wird angenommen.

4. Kündigung der der Handelskammer der mieteten Räume und Mittelbewilligung.

Berichterstatter St.-V. Otto (zum Theil unverständlich): Die Vorlage zu Nr. 4 lautet: Der Magistrat beantragt, die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Handelskammer gemäß dem Beschlusse der Museumskommission die Benutzung der Räume im Museumsgebäude zum 1. April 1895 gekündigt werden, daß diese freierwerbenden Räume von dem gedachten Zeitpunkte dem städtischen Museum zur Verfügung zu stellen sind und daß endlich zur Beschaffung der nöthigen Ausstattungsgegenstände in dem nächstjährigen Etat die Summe von 500 M. als einmalige Ausgabe eingestellt werde.

Meine Herren! Ich bin in der Finanzkommission bei der Beratung dieses Gegenstandes gewesen. Sie hat denselben abgelehnt. Trotz der ungünstigen Zeit bleibe ich doch bei demselben. Das Museum besteht jetzt 10 Jahre und vor damals die Sammlung besichtigt hat, wird wissen, wie gering dieselbe war. Wir haben mit 12 Gemälden und ein paar Kupferstiche angefangen. Das war alles. Heute haben wir nicht nur den Zuschuß aus dem Etat, sondern auch so viele Spenden erhalten, daß wir 87 Gemälde und 850 gewerbliche Gegenstände besitzen. Die Räume sind dadurch sehr gefüllt. Man muß die Sachen doch zu Gesicht bringen, damit sie wirken können. Das ist heute nicht möglich. Man hat die Wände bis oben hin behängen müssen. Ich kann nicht einmal einen Wandschiff aufstellen oder eine leere Staffelei bei Seite stellen.

Die Frequenz, die ich erreicht habe, ist gut. Wir haben im vorletzten Jahre 7000, im letzten 8000 Besucher gehabt, während das Provinzialmuseum nur etwa 10000 aufzuweisen hat. Daß ein solcher Besuch nicht ohne besondere Arbeit erreichen läßt, können Sie sich denken. Dazu haben wir Sonderausstellungen veranstaltet. Der Besuch rekrutirt sich besonders aus den geringeren Elementen. Ich habe meine Freude daran, daß gerade diese Elemente ihre Bildung dort suchen.

Der Versicherungswert der Objekte beläuft sich auf 41 000 M., während die Zuschüsse der Stadt in den letzten 10 Jahren nur 10 000 M. betragen. Ich wollte hieraus zeigen, wie viel Wohlwollen das Publikum dem Institut entgegengebracht hat. Wenn wir bisher die Erfahrung gemacht hatten, daß das Publikum, um eine gute Oper zu hören, nach Leipzig fuhr, so freuen wir uns, daß es jetzt in Halle bleibt. Mit dem Museum ist es leider noch so, daß wir nicht so viel bieten können wie Leipzig. Ich denke, das sollte uns veranlassen, vorwärts zu schreiten.

Die Handelskammer hat die Räume im Gebäude des Rathes seit 10 Jahren inne. Ich habe mit dem Vorstände der Börse gesprochen. Derselbe hat mir gesagt, daß er mit Vergnügen die Handelskammer aufnehmen würde.



Ich bitte Sie, trotz der schlechten Zeit die Vorlage anzunehmen.

Korreferent St.-B. Stecker: Sie haben von dem Herrn Vorredner schon gehört, daß die Finanzkommission eine nicht freundliche Stellung gegenüber dem Antrage des Magistrats eingenommen hat. Ich kann versichern, daß bei der Besprechung der Finanzkommission das größte Wohlwollen für die Bestrebungen und die Resultate der Museumskommission zu Tage getreten ist. Es ist sehr erfreulich, daß der Wunsch so angenommen hat. Das ist ein Zeichen des großen Ansehens in den Kreisen, die Herr Otto bezeichnet hat.

Die Räume selbst sind für die Handelskammer gebaut. Es ist hier zu beachten, daß die Bestrebungen, das Museum in einen eigenen würdigen Heim unterzubringen, jetzt im Gange sind. Wie weit dieselben gehen, läßt sich schwer sagen, weil Instanzen zu entscheiden haben, auf die wir keinen Einfluß haben. Hoffentlich wird das Museum in absehbarer Zeit in besseren Räumen unterkunft finden. Dann wird das Museum dem entsprechen, was man von ihm verlangen kann. Wir können daher die Handelskammer jetzt nicht vertreiben. Wir werden sie dann nicht wieder zurückbekommen. Für die Räume wird kaum aber schwer Verwendung zu finden sein. Die Milchseife, die wir erziehen müssen, würde 1200 Mk. betragen. Ein zwingendes Bedürfnis, die Handelskammer zu vertreiben und das Museum zu vergrößern, können wir nicht erkennen. Wir müssen abwarten, wie sich die Verhältnisse gestalten.

Aus diesen Gründen ist die Finanzkommission einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Antrag des Magistrats abzulehnen und zwar bei allem Wohlwollen und aller Anerkennung für die Museumskommission.

St.-B. Prof. Dr. Köhlschütter: Man hat stets einen schweren Stand, wenn man gegen Jaßen ins Gefecht ziehen soll. Ein Schaden für die Finanzen der Stadt liegt auf der Hand. Es sind 1200 Mk. für einen einzigen Anbau der Außen aber, bei der Verneuerung des Museums haben wird, läßt sich wohl im allgemeinen sagen, aber nicht in Zahlen ausdrücken. In meinen Augen überwiegt der Nutzen der Erweiterung des Museums den Schaden. Ich setze nur den Nutzen und danke mich nur auf das beziehen, was der Herr Referent gesagt hat. Es ist nicht nur die Freude, die Erhebung, wenn man stimmungsgemäße sieht, sondern die Erziehung zur freieren, ästhetischen Lebensauffassung. Daher müssen wir es freudig begrüßen, daß aus den weniger bemittelten Kreisen der Wunsch so stark ist. Gerade diese Kreise sollen erzogen werden. Der Wunsch wird beeinträchtigt, wenn die Räume nicht ausreichen. Wenn Sie dort gewesen sind, so werden Sie gesehen haben, wie man sich drängen muß. Ein Studium wird unmöglich gemacht durch die engen Räume. Es ist eine große Verschwendung, wenn wir unsere stimmungsgemäßen in diesen Räumen unterbringen, auf Böden, wo sie nicht benutzt werden können. Sie sind nicht dazu da, um da zu sein, sondern um benutzt zu werden, und ich halte es für Verschwendung, wenn man ein schönes Bild wegstellt, ohne es zu verwenden. Wenn wir durch Erweiterung der Räume unserem kleinen Besitz ein würdigeres Gewand geben, so werden wir dadurch den Bau eines Museums fördern, weil wir zeigen, daß wir haben was, was wir zeigen können. Wenn durch der Friede, das Museum zu bauen, lebendiger werden, als wenn man dort hinstromt. Herr Otto wird es mir verzeihen, wenn ich in einer Kammer. Die Willkürigkeit wird erweckt, wenn man sieht, die Sachen werden schon untergebracht. Jetzt muß mancher die Achseln und sagt, in meinem Hause sind die Sachen besser aufgehoben. Diesen Vorteilen gegenüber scheint mir der Verlust ein geringer, und ich bitte Sie, den Magistratsantrag anzunehmen.

St.-B. Stecker: Die Worte des Herrn Prof. Dr. Köhlschütter kann man unterschreiben. Die Finanzkommission hat aber darauf hingewiesen, daß man in einer Zeit, in der man zur Neuordnung des Etats nach neuen Steuern ordent-

lich jagen muß, die Einnahmen möglichst halten muß. Die Verhandlungen der gemischten Kommission werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Solange diese Angelegenheit nicht geordnet ist, sollten wir alle Reueausgaben schon im Prinzip zurücklassen. Heeres Jahr kann man vielleicht anders darüber denken.

Der Antrag des Magistrats wird mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen.

5. Trottoirumlegung in der kleinen Ulrichstraße.

Berichterstatter der Baukommission St.-B. Hildebrandt: Im Anschluß an den, vertraglich bis zum 1. Oktober d. J. zu bewirkenden Ausbau der Durchbruchstraße kleine Ulrichstraße — Reithahn erscheint eine Umlegung des vorhandenen Trottoirs auf der Westseite der kleinen Ulrichstraße (von der Bergstraße bis zu der Durchbruchstraße) notwendig. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich mit dieser Ausführung einverstanden erklären und die nach dem beigefügten Kostenschätzung auf 800 Mk. berechneten Kosten aus Kapitel XIV Titel D. II. 7 des Kammer-Etats bewilligen zu wollen.

Ich habe Sie zu bitten, den Antrag zu genehmigen. Dies geschieht.

6. Nachträgliche Bewilligung für zwei bereits angelegte Schützengruben auf dem Stadtgut.

Berichterstatter der Agrarkommission St.-B. Roth: Die Anlegung der Verbindungsbahn Sophienhofen — Güterbahnhof hat die Aufschüttung zweier Schützengruben im Garten des Stadtgutes veranlaßt. Der Magistrat ersucht die Versammlung deshalb, für die Herstellung zweier neuer Schützengruben auf dem Stadtgut die veranschlagten Kosten im Betrage von 700 Mk. auf Kapitel XXI 6 des Kammer-Etats bewilligen zu wollen. Da der Pächter der neuen Schützengruben dringend zu Anfang September bedürfte, so hat der Magistrat die bezüglichen Arbeiten bereits in Angriff nehmen lassen und bittet, auch dies genehmigen zu wollen. Die Agrarkommission beantragt, die Ausführung der Gruben gut zu heißen.

Referent der Finanzkommission St.-B. Herzfeld: Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen die Genehmigung der Vorlage. Sie hat aber einen dunklen Punkt dabei gefunden. Sie sagt sich, als man der Hafenbahn das Land anbot, mußte man doch darüber klar sein, ob man nur das Land oder auch die Sachen hergeben wolle. Daher stellt die Finanzkommission folgenden Antrag: (Derjelbe ist auf der Tribüne vollständig verhandelt.)

7. Mittelbewilligung für Reparaturen an der Moritzkirche.

Berichterstatter der Baukommission St.-B. Schulze (fast unverständlich): An den Predigerhäusern der Moritzkirche haben sich verschiedene Reparaturen als notwendig herausgestellt. Die Kosten sind auf 680 Mk. veranschlagt. Da das stichendär zur Herstellung dieser Reparaturen unzureichend ist, so hat der Gemeindefiskus bereit, dieselben auf städtische Kosten ausführen zu lassen.

Der Magistrat beantragt, die gedachten 680 Mk. aus Kap. XXI. 6 zu bewilligen.

Die Baukommission wünscht den bekannten Vorbehalt, den wir bei solchen Gelegenheiten immer ansprechen, nämlich die Summe zu bewilligen mit dem Vorbehalt des Rechtes der Einforderung bei eintretender Besserung der Vermögensverhältnisse.

Berichterstatter der Finanzkommission St.-B. Schulz: Die Finanzkommission hat sich mit der Sache beschäftigt und gefunden, daß die Baukommission über die Wünsche der Bewohner des Pfarrhauses hinausgegangen ist. Sie hat so viele Abstriche gemacht, daß nur noch die Summe von 511,75 Mk. zu bewilligen ist. Von diesen soll die Kirche 100 Mk. tragen.

Die Versammlung genehmigt den letzten Antrag und bewilligt 553,92 Mk.

8. Erwerbung einer Einfriedigung.

Berichterstatter St.-B. Heiser: Die Zimmermeister A. Jabel u. Sohn haben im Juli 1891 zur Einfriedigung des städtischen Bauplatzes in der Dienstadtstraße Nr. 2 einen Breiterantrag aufgestellt und sich kontraktlich verpflichtet, denselben drei Jahre vorzulegen. Der Endtermin ist mithin abgelaufen. Da ein Weiterbesitzen des fraglichen Bauplatzes notwendig ist, so empfiehlt es sich, denselben käuflich zu erwerben. Als Kaufpreis ist 1,50 Mk. pro Meter als angemessen zu erachten, da sich der Bauplatz noch in einem guten und brauchbaren Zustande befindet. Die Gesamtlänge des Baues beträgt 37,02 Meter und demnach die Entschädigung 55,53 Mk., mit welcher A. Jabel u. Sohn sich einverstanden erklärt haben.

Der Magistrat ersucht die Versammlung, diese Vereinbarung mit Jabel und Sohn zu genehmigen und den erforderlichen Betrag à conto des Kapitels XXI. 6. bewilligen zu wollen.

Die Baukommission ersucht Sie, den Antrag zu genehmigen. Dies geschieht.

9. Verpachtung der Erhebung des Marktstandes.

Berichterstatter St.-B. Sachs: Bei dem am 20. September d. J. stattgehabten anderweitigen Ausgebote der Erhebung des Marktstandes auf die drei Jahre vom 1. Oktober 1894 bis dahin 1897 hat der frühere Marktmeister Friedrich Specht in Dessau das Bestgebot mit 25360 Mk. Jahrespacht abgegeben.

Der Magistrat beantragt, demselben den Zuschlag zu erteilen.

Die Finanzkommission hat den Beschluß gefaßt, dem Specht den Zuschlag zu erteilen.

St.-B. Friedrich: Ich bin der Meinung, daß für uns eine Markthalle sehr notwendig ist. Markthallen bieten nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern die Wirksamkeit der Sanitätspolizei ist auch nur dann denkbar, wenn wir Markthallen besitzen. Ich möchte daher an den Magistrat die Anfrage richten, ob eine Möglichkeit offen gelassen ist für den Fall, daß wir früher eine Markthalle erbauen, eine Kündigung stattfinden zu lassen.

Oberbürgermeister Staudé: Die von dem Herrn Vorredner gewünschte Manier befindet sich in den Bedingungen. Im Uebrigen kann ich aussprechen, daß ich den Wunsch bezüglich einer Markthalle durchaus theile und seit Jahren getheilt habe. Aber Sie wissen, daß wir in unserer Verwaltung viele Dinge am Feuer haben müssen, daß wir viele Dinge zu erledigen haben und noch zu erledigen haben werden. In Folge dessen ist die Versammlung mit dem Magistrat einverstanden gewesen, daß die Markthallenfrage vertagt werden sollte, bis die Schlacht- und Viehfrage zum Abschluß gebracht worden sei. Dieser Zeitpunkt ist nun eingetreten, und Mancher wird der Meinung sein, daß wir in schnellem Tempo an die Lösung der neuen Frage herangehen. Ich bin bereit, diese Angelegenheit zur Verathung unterziehen, und der Magistrat wird sich der Verathung unterziehen. Aber doch glaube ich, daß wir in gewissem Tempo vorwärtsgehen müssen. Sie wissen, welche schwere Arbeit wir mit der kommunalen Steuerreform haben. Es wird möglich sein, daß wir die Sache überlegen. Aber auf die lange Bank geschoben soll sie auch nicht werden. Ich glaube, daß wir diese wichtige Erwerbsangelegenheit auch für unsere Stadt herbeiführen werden.

St.-B. Friedrich: Ich bitte doch, das Tempo bei dieser Frage etwas zu beschleunigen. Vielleicht ist eine Gesellschaft bereit, eine Markthalle zu errichten.

Oberbürgermeister Staudé: Wenn die städtischen Behörden beschließen sollten, für Halle eine Markthalle zu erbauen, dann werden wir auch die Mittel dazu aufreiben können, selbst wenn wir uns durch Ausgaben sehr belastet fühlen. Die Hundekantende, welche dazu gehören, können

auch geschäft gemacht werden. Das Angebot einer Gesellschaft zur Erbauung einer Markthalle wird dem Magistrat in nächster Zeit beschäftigen. Die Sache ist nicht ganz leicht. Jetzt besitzen wir eine große Maschine, und die wollen wir später doch auch haben. Das wird aber kaum möglich sein, da die Markthalle eine große Amortisation und Verzinsung erfordert wird.

Der Zuschlag wird dem pp. Specht erteilt.

10. Verpachtung von zwei Hospital-Äckerplätzen.

Berichterstatter St.-B. Roth: Unter Beifügung der Borgänge ersucht der Magistrat die Versammlung, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß der Kommanditgesellschaft Gebrüder Nagel zu Siebichenstein

a) der Ackerplan Kartenblatt 8 Nr. 12 (Plan 10 und 11) in der Gesamtgröße von 34 ha 37 ar 58 qm zu dem unterm 16. September cr. abgegebenen Gebote von 4500 Mk. jährlicher Pacht und

b) der Ackerplan Kartenblatt 8 Nr. 1 (Plan 17) in der Größe von 19 ha 92 ar 88 qm zu dem am demselben Tage abgegebenen Gebote von 2600 Mk. jährlicher Pacht unter den Bedingungen vom 10. Juni 1894 verpachtet werde, da die gegenwärtig abgegebenen Gebote die früheren um 350 Mk. bzw. 250 Mk. auf das Jahr übersteigen und bei der ursprünglich beabsichtigten Parzellierung der Äckerstücke höhere Pachtsumme nicht zu erreichen sein werden. Der Antrag wird genehmigt.

11. Uebernahme von Suchebeiträgen für Pferde.

Berichterstatter St.-B. Sachs: Beschufs Aufbringung der Viehsteuern-Entschädigungsgelder für 1893 hat der Provinzial-Ausschuß den Einheitsbetrag des Betrages für Rindvieh und Pferde im Stadtreife Halle a. S. auf 1 Pfg. festgesetzt. Die auf die Viehbesitzer der Stadt Halle entfallenden Beträge berechnen sich nach dem ermittelten Viehbestande auf 17 Mk. 44 Pfg. für Pferde und Gel auf 47 Mk. 62 Pfg. für Rindvieh.

Der Magistrat hat beschlossen, die Beiträge für Pferde und Gel auf die Rammereikasse zu übernehmen, und beantragt, diesem Beschlusse beizutreten und aus Kapitel XXI 6 17,44 Mk. zu bewilligen. Von den meisten Pferdebesitzern würde mir ein bezw. zwei Pfenninge zu erheben sein und dadurch unverhältnismäßige Umstände entstehen. Die für Rindvieh zu erhebenden Beiträge von 47,62 Mk. vertheilen sich dagegen auf ca. 15 Viehbesitzer.

12. Vermietung einer Wohnung auf dem Nordfriedhofe.

Berichterstatter St.-B. Apelt: Es erscheint wünschenswert, daß außer dem Todtenräber noch eine zweite Person auf dem Nordfriedhofe wohnt. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, die leer stehenden Räume im Dachgeschos des Beamtenhauses an den Gärtner Sommer, welcher darauf reflektirt, für einen jährlichen Mietzins von 50 Mk. gegen beiden Theilen aufzuehene vierteljährliche Kündigung miethsweise zu überlassen. Die Versammlung wird ersucht, diesem Beschlusse beizutreten.

13. u. 14. Entlastung der Rechnungen der höheren Mädchenschule und der Elementarschulen pro 1892/93.

Berichterstatter St.-B. Robert: Die Rechnung der Kasse der höheren Mädchenschule für 1892/93 liegt zur Superrevision und Entlastung vor. Dieselbe balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 55 856,03 Mk.

Die Rechnung der Kasse der Elementarschulen pro 1892/93 liegt zur Superrevision und Entlastung vor. Dieselbe balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 498 119,75 Pfg. Die Entlastung wird ausgesprochen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6 1/2 Uhr.

